



Gewerkschaftspolitischer Auftakt:

Stets zu Diensten? Der Staat im 21. Jahrhundert

Noch ist die öffentliche Verwaltung in der Lage, ihren Aufgaben nachzukommen. Doch wie lange kann sie „stets zu Diensten sein“? Die Gäste der dbb Jahrestagung 2014 dürfen gespannt sein, welche Antworten die Akteure des gewerkschaftspolitischen Auftaktes zu den Herausforderungen staatlichen Handelns im 21. Jahrhundert anzubieten haben.

Grundsatzfrage ...

Das Motto der 55. dbb Jahrestagung 2014 hat der dbb mit einem Fragezeichen versehen. Es lautet: „Stets zu Diensten? Der Staat im 21. Jahrhundert“. Wie schätzen Sie die weitere Entwicklung ein? Wird der Staat auch künftig flächendeckend, effektiv und professionell den Bürgern dienen können?

... an Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière

Ja! Ich kann die Sorge vieler Bürgerinnen und Bürger, dass der Staat sich aus der Fläche zurückziehen könnte, gut nachvollziehen. Ländliche Gebiete sind seit jeher für Dienstleister und Versorgungsunternehmen eine besondere Herausforderung. Aber der verfassungsrechtliche Auftrag zur staatlichen Daseinsvorsorge wird auch in Zukunft nicht im Umland der Ballungsräume unserer großen Städte enden. Im Gegenteil: Die Bundesregierung zeigt im Koalitionsvertrag an vielen Stellen auf, wie wir den Herausforderungen der Zukunft für unsere Gesellschaft begegnen wollen. Erstmals ist ein eigenes Kapitel in einem Koalitionsvertrag der „Digitalisierung“ gewidmet. Die Digitale Agenda begreifen wir als Querschnittsaufgabe, die auf die Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst ebenso ausstrahlt wie auf die gesamte Arbeitswelt.

Moderne IT bietet uns die Möglichkeit, direkter und vernetzter zu kommunizieren. Sie unterstützt nicht nur den mobileren Lebensstil vieler Menschen, sondern auch die Versorgung ländlicher Räume in Zeiten sinkender Bevölkerungsdichte. Es geht bei Ihrer Frage aber auch um die Menschen im öffentlichen Dienst. Auch in der Verwaltung müssen weniger und ältere Mitarbeiter in der Lage sein, immer komplexere Aufgaben zu bewältigen. Deshalb werden Wissenstransfer und Gesundheitsmanagement künftig eine große Rolle spielen. Außerdem muss sich der öffentliche Dienst im Wettbewerb um die besten Köpfe als attraktiver Arbeitgeber präsentieren. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch mobiles Arbeiten und flexible Arbeitszeitmodelle sind hier Bereiche, die wir fördern müssen. Wir alle, Bund, Länder und Gemeinden, sind dringend aufgerufen, die Funktionsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung auch in Zeiten des demographischen Wandels und neuer Techniken zu erhalten. Dabei setze ich auch aus guter Erfahrung auf den dbb als bewährten Gesprächs- und Gestaltungspartner.

